

Duisburger Erklärung zu den Anforderungen an sozialdemokratisches Regierungshandeln:

Sozialdemokrat_innen müssen sich ändern, um wieder glaubwürdiger zu werden.

Die Welt, in der wir arbeiten

Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft maßgebliche Basis der materiellen Existenz und Ausgangspunkt für Würde, Zufriedenheit, Anerkennung und Gesundheit. Das gilt insbesondere dort, wo Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen zu einer für beide Seiten akzeptablen Vereinbarung, durch einen Tarifvertrag, über zu leistende Arbeit und Gegenwert gelangen. In allen anderen Fällen sinken das Niveau der materiellen Existenz oder/und Würde, Zufriedenheit, Anerkennung und Gesundheit des Einzelnen.

Das Ziel sozialdemokratischer Arbeitspolitik bleibt die Vollbeschäftigung. Auskömmliche Löhne bilden dabei sowohl die materielle Grundlage für ein würdevolles Leben als auch für soziale Sicherheit. Soziale Sicherungssysteme sind entscheidend abhängig von den gezahlten Löhnen – entweder von den prozentualen Beiträgen oder von den direkten und indirekten Steuern.

Erwerbsarbeit unterliegt immer dem gesellschaftlichen Wandel. Die Deregulierung der Arbeit und der Abbau von sozialen Sicherungssystemen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten dazu geführt, dass immer mehr Menschen ihre Arbeit unter Wert anbieten zu müssen. Zudem nutzen Unternehmen gesetzliche Möglichkeiten aus, um für sich eine höchstmögliche Flexibilisierung zu erreichen. Die Stückelung und Aufteilung von Unternehmen in eigenständige Unternehmen erschwert die Arbeit für Betriebs- und Personalräte. In globalen Wertschöpfungsketten werden Beschäftigte in mehreren Ländern gegeneinander „ausgespielt“. Berufsanfänger_innen, geringqualifizierte Beschäftigte sowie Frauen sind besonders anfällig für prekäre Beschäftigung.

Der Fokus der Anforderungen an ein sozialdemokratisches Regierungshandeln – aus Sicht sozialdemokratischer Gewerkschafter_innen - liegt auf einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Arbeitnehmer_innen. Aus Studien wissen wir, dass Frauen und

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Männer nicht mehr daran glauben, durch kollektives Handeln ihr Leben positiv gestalten zu können. Sie haben häufig ihre kollektiven Ansprüche auf individuelle Wünsche reduziert. Die geringere Wahlbeteiligung und abnehmende Mitgliedschaften in politischen Organisationen sind Ausdruck dessen.

Ziel muss daher sein, das Vertrauen der sozialdemokratischen Wählerpotentiale zurückzugewinnen. Die aktiven, abhängig Beschäftigten in unserer Republik machen eine Zielgruppe von rund 42 Millionen Menschen aus. Das Erwerbspersonenpotential umfasst weitere 5 Millionen Menschen. Rund 25 Millionen Menschen erhalten Rente, also Zahlungen direkt abgeleitet und finanziert durch Erwerbsarbeit. Diese Zielgruppen müssen wieder in die bestimmende Mitte der SPD rücken. Die sich abzeichnende „vierte industrielle Revolution“ verlangt nach einer kollektiven Gestaltung der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund formulieren wir folgende Anforderungen an sozialdemokratisches Regierungshandeln, die zur Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit beitragen:

(1) Arbeit

Die vierte industrielle Revolution wird unsere Arbeitswelt stark verändern, auch in den Dienstleistungen. Sie schafft neue Produkte, Geschäftsmodelle und Arbeitsformen. Für viele Beschäftigte wirkt sich diese Entwicklung bereits durch einen zunehmenden Leistungsdruck und eine allumfängliche Arbeitsbereitschaft zu jeder Zeit und an jedem Ort aus. Die Zunahme der Krankheitstage infolge von Burn-Out und Depressionen sind Folge dessen. Die Arbeitswelt 4.0 kann nicht allein durch Gewerkschaften oder Betriebs- und Personalräte geregelt werden – vielmehr muss sie in einem partnerschaftlichen Austausch zwischen Politik und Gewerkschaften gestaltet werden. Die SPD muss dabei die erste Ansprechpartnerin für die Gewerkschaften sein, um die Rahmenbedingungen für sozialpartnerschaftliches Handeln auf nationaler und europäischer Ebene zu setzen.

Die wichtigsten Kernforderungen aus unserer Sicht sind:

- Die Arbeit der Zukunft darf nicht „Rückschritt der Sozialstandards“ bedeuten.
- Die SPD muss weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, Erwerbslose in Arbeit zu bringen. Niemand darf abgeschrieben werden.

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

- Eine enge Verzahnung mit den Gewerkschaften im DGB ist anzustreben, um anstehenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen und in notwendige gesetzliche Regelungen zu gießen. Der Dialogprozess des BMAS ist ein gutes Beispiel. Dieser Weg muss verstetigt und ausgeweitet werden.
- Im Mittelpunkt der Debatte zur „Zukunft der Arbeit“ müssen der Mensch und der Wert der Arbeit stehen.
- Die Betriebsverfassung und das Personalvertretungsrecht müssen an die Anforderungen der digitalen Arbeit angepasst werden.
- Die Zeitsouveränität von Beschäftigten und die individuellen Flexibilitätsbedürfnisse von Frauen und Männern müssen Teil der Arbeit der Zukunft sein.
- Das Normalarbeitsverhältnis im Sinne der „Guten Arbeit“ muss weiterhin normative Prägekraft haben.
- Angesichts der Wanderungsbewegungen in und zur EU hin - auch nach Deutschland - müssen die Zugänge zur und Integration in Arbeit für alle Menschen abgesichert werden.

(2) Aus-, Fort- und Weiterbildung

Die „vierte industriellen Revolution“ verlangt nach einem „Mehr an Bildung“ für alle Menschen. Denn die Entwicklung der all-durchdringenden Digitalisierung wird weiter fortschreiten. Einfache Tätigkeiten mit niedrigen Qualifikationsanforderungen werden weiter durch intelligente Systeme ersetzt, während die qualifizierte Facharbeiterebene an Bedeutung gewinnen wird. Zudem findet ein Wandel zu mehr Dienstleistungsgesellschaft bei gleichzeitigem Erhalt des industriellen Kerns statt. Lebenslange Aus- und Weiterbildung wird zur Grundlage für den Einzelnen, das Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt, um leistungsfähig zu bleiben und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Bildungsangebote in den Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen, aber auch die betriebsinterne Aus- und Weiterbildung müssen auf die anstehenden Entwicklungen ausreichend vorbereitet werden. Dazu gehört es, auch die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen sowie deren Veränderbarkeit zu verstehen. Die reine Fixierung auf ökonomische Verwertbarkeit darf in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft kein Ziel darstellen.

Die wichtigsten Kernforderungen aus unserer Sicht sind:

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

- Notwendig ist eine Revitalisierung der politischen Bildung in Schulen sowie in außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung, um die Zusammenhänge in der Welt der Arbeit erklären und als gestaltbar wahrnehmen zu können.
- Die „duale Ausbildung“ ist weltweit Vorbild in Sachen beruflicher Bildung. Sie gilt es zu stärken, auszuweiten, fit für die Zukunft zu machen sowie für alle schulischen Abschlüsse zu garantieren. Die duale Berufsausbildung muss attraktiv für junge Menschen und Unternehmen sein und Chancen für den weiteren beruflichen Aufstieg bieten. Eine ständige Überarbeitung der Ausbildungsberufe und die Prüfung auf Zukunftsfähigkeit sind dabei unerlässlich.
- Zur besseren Verwirklichung beruflicher Entwicklungsoptionen müssen Unternehmen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter fördern. Dies gilt es mittels betrieblicher oder tarifvertraglicher Regelungen zu gestalten. Ein gesetzlicher Anspruch auf Bildungszeit (bezahlte Freistellung für die berufliche Fortbildung) wird darüber hinaus angestrebt.
- Die SPD soll dafür Sorge tragen, dass die Akzeptanz für Bildungsurlaub bei Arbeitgebern und Arbeitnehmer_innen gesteigert wird.

(3) Arbeitsstandards

Die Herausforderungen in der Arbeitswelt 4.0, machen eine Anpassung gesetzlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer_innen notwendig. Wir benötigen eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung und fordern eine Überführung der gewerkschaftlichen Empfehlungen in gesetzliche Regelungen.

Die wichtigsten Kernforderungen aus unserer Sicht sind:

- Den Schutz von Beschäftigten, die einen Betriebsrat oder einen Personalrat gründen wollen, sowie die Strafregelungen für Unternehmen, die eine Gründung aktiv behindern, ausweiten. Eine BR/PR-Gründung zu behindern, ist kein Kavaliersdelikt. Dies muss daher konsequent strafrechtlich verfolgt und mit hohen Strafen belegt werden.
- Den Betreuungsbereich der Mitbestimmungsgremien muss konsequent auf alle Beschäftigte des Betriebes erweitert werden, also auch auf die sog. Randbelegschaften, um eine Zwei/Drei-/Mehr-Klassen-Belegschaft zu vermeiden.

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

- Mitbestimmungsrechte müssen auch für Unternehmen ausländischer Rechtsform gelten, die in Deutschland operativ tätig sind.
- Um einer Tariffucht durch eine Ausgliederung von Tätigkeiten in neugegründete Unternehmen vorzubeugen, ist die Idee der arbeitsrechtlichen Organschaft anzuregen.
- Die Rechte der Betriebs- und Personalräte beim Einsatz von Werkvertragsarbeiter_innen sind zu stärken.
- Die Arbeitslosenversicherung ist zu einer Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln. Sie muss weiterhin gegen ökonomische Folgen von Arbeitslosigkeit schützen. Zugleich fördert die Arbeitsversicherung die Weiterbildung und Qualifizierung von aktiven Arbeitnehmer_innen. Dieses System muss offen und anschlussfähig sein für tarifvertragliche Regelungen.

Gerade für Beschäftigtengruppen in prekären Anstellungsverhältnissen müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

(4) Sozialpartnerschaft

Das Zusammenwirken von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter auf Augenhöhe stärkt das Innenverhältnis von Unternehmen und Verwaltungen. Dabei ist es notwendig, dass die Sozialpartnerinstitutionen in Unternehmen und Verwaltungen Hand in Hand mit den Sozialpartnerinstitutionen in der beruflichen Bildung und den Sozialversicherungen arbeiten können. Dies ist neben der Gesetzgebung die Voraussetzungen dafür, dass faire

Rahmenbedingungen auf gleicher Augenhöhe gestaltet werden können. Doch nimmt die Prägekraft der Sozialpartnerschaft ab. Unternehmen und Verwaltungen stehlen sich aus der Verantwortung, die Gewerkschaften drohen ihren Verhandlungspartner zu verlieren. Immer weniger Menschen fallen unter einen gültigen Tarifvertrag. Dieser Trend muss umgekehrt werden, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft Bestand hat. Ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel ist daher die Stärkung der Sozialpartnerschaft und ihrer Institutionen.

(5) Politik der Praxis

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Eine gute Politik der Praxis stellt nicht nur Forderungen an Dritte. Der Lackmустest für die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik gegenüber den Menschen findet immer dort statt, wo Sozialdemokrat_innen bereits Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherung der Erwerbstätigen haben. Wenn sie selber als Arbeitgeber_innen und Vorgesetzte_r oder in Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte entsandt sind, müssen Sozialdemokrat_innen Vorreiter_innen für eine bessere Arbeitswelt sein.

Paternalistische Politik verbietet sich. Vielmehr muss Politik mit Arbeitnehmer_innen und ihren Interessenvertreter_innen erarbeitet und umgesetzt werden, bis die SPD selbst wieder als Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten glaubwürdig ist. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die Bundesebene und die dortigen Funktionär_innen und Mandatsträger_innen, sondern auch für die Kommunal-, Landes- und EU-Ebene. Es liegt in der persönlichen Verantwortung aller Genoss_innen entsprechend glaubwürdig zu handeln und für Glaubwürdigkeit über individuelle Taten hinaus Sorge zu tragen. Die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft sowie die Einrichtung von Gewerkschaftsräten auf allen Parteebenen sollten selbstverständlich sein.

Duisburg, Dezember 2015

Zum Hintergrund

Der Kasseler Kreis –Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. hat in den vergangenen Jahren die Ursachen des aktuellen Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften analysiert. Eine Schlussfolgerung und oftmals auch der Wunsch vieler sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist, dass unsere Partei in Regierungsverantwortung wieder mehr die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein muss. Um 2017 und darüber hinaus Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen, muss die Partei die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgreifen und sie in sozialdemokratisches Regierungshandeln umsetzen.

Denn fehlende Glaubwürdigkeit ist ein zentraler Punkt, der ein Erklärungsansatz zur derzeitigen Lage der Partei vor dem Hintergrund gleichbleibend niedriger Wahlumfragen

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

darstellt. Der Kasseler Kreis e.V. setzt da an und hat auf seiner Herbsttagung in Duisburg Anforderungen an ein sozialdemokratisches Regierungshandeln formuliert, um ab jetzt bis 2017 und darüber hinaus Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen. Nur so kann die SPD als echte Alternative für eine andere, den Menschen zugewandte Politik wahrgenommen werden. Aus Sicht der sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben wir die Duisburger Erklärung erarbeitet, die als Beitrag zum zukünftigen Handeln der SPD zu verstehen ist –wieder zu mehr Glaubwürdigkeit.

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!